

Dr. h. c. Wenzel Jaksch

Gedanken

ZUR

Ostpolitik

Anhang

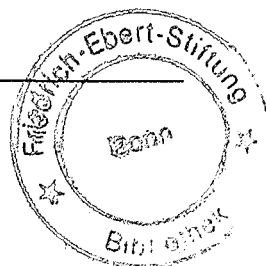
Rahmenkonzept von Dortmund

für die Osteuropa-Politik

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

SELIGER-GEMEINDE

A 97 - 06342



Diese Betrachtungen wurden in den Wintermonaten 1966 niedergeschrieben, noch vor dem Dortmunder Parteitag der SPD im gleichen Jahre. Sie waren zunächst als eine Art Motivenbericht zu der Schrift „Westeuropa—Osteuropa—Sowjetunion“ gedacht, auf die nachfolgend Bezug genommen wird.

Mittlerweile hat der Dortmunder Parteitag einem Osteuropa-Konzept seine Zustimmung gegeben, das sich in ähnlichen Gedankengängen bewegt. Der Wortlaut dieses Beschlusses wird als Anhang nachgetragen. Er ist eine geistige Gemeinschaftsleistung des „Beirates für ostpolitische Fragen“ beim Parteivorstand der SPD. Trotz mancher Überschneidungen sind vielleicht beide Texte von politischem Interesse, weil sie Etappen des geistigen Ringens um eine konstruktive Ostpolitik der deutschen Demokratie darstellen.

Dem Verfasser erschien es zweckdienlich, im gleichen Zusammenhang auch die Ergebnisse der volkspolitischen Tagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom Juni 1965 in Erinnerung zu bringen.

Herausgeber: Seliger-Gemeinde im Verlag
„Die Brücke“, München 15, Kolpingstraße 9
Herstellung: BZ-Druck, Stuttgart, Friedrich-Ebert-Bau

Wenzel 7/19/66

Vorbemerkung

Für jene Leser dieser Schrift, die den Verfasser nur mit dem Stigma des „Vertriebenen-Funktionärs“ kennengelernt haben, seien einige Vorbemerkungen vorangeschickt. Es war *Manuilski*, einer der ersten Mitstreiter Lenins, der auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1924) in einem Bericht über die „*Nationalitäten und Kolonialfragen*“ jene zwei großen Ordnungsvorstellungen konfrontierte, die seit der Jahrhundertwende das Problem des Zusammenlebens der Völker in gemeinsamen Schicksalsräumen behandelten. Manuilski führte damals aus:

„Der Auffassung des revolutionären Selbstbestimmungsrechts der Völker stellten die österreichischen Sozialdemokraten den Kampf für die nationale Reform entgegen . . . *Wir wissen, Genossen, daß unsere russische Schule dieser österreichischen Schule in der nationalen Frage den Krieg auf Leben und Tod angesagt hat.* Nun sehen wir aber jetzt nach der ganzen Polemik, die wir gegen Otto Bauer geführt haben, nach fünfjährigem Bestehen der KI ein Wiederaufleben der österreichischen Schule unter unseren jugoslawischen Genossen.“

Die „russische Schule“ Lenin — Stalin — Manuilski bedeutet, wie die seitherige Praxis zeigt, die Unterordnung der Völkerbeziehungen unter das kommunistische Herrschaftsprinzip. Im Gegensatz dazu strebte die „österreichische Schule“ Renner — Bauer — Seliger die föderalistische Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker in größeren Wirtschaftsräumen an. Die reifste Frucht dieser Schule war Karl Renners Konzept vom „*Demokratischen Nationalitäten-Bundesstaat*“, der die Partnerschaft gleich-

berechtigter Völker und Volksgruppen verwirklichen sollte, statt sie künstlichen Mehrheitsverhältnissen und unorganischen Gebietsgliederungen zu unterwerfen. Für mehrsprachige Mischzonen sah dieses Konzept eine Kombination von Territorial- und Personal-Autonomie vor. Nach diesem Ordnungsprinzip könnten alle Volksgruppen- und Minderheitenprobleme der Welt friedlich gelöst werden, sobald die Dämonen des Rassismus und eines herrschsüchtigen Nationalismus gebannt sind.

Offenbar hing das Wiederaufleben der „österreichischen Schule“ unter den jugoslawischen Kommunisten sogar mit dem späteren Abfall Jugoslawiens vom Ostblock zusammen. Tito organisierte Jugoslawien nach dem Kriege auf föderalistischer Grundlage, welche die Gleichberechtigung aller Volksstämme, wenn auch nicht ideal verwirklicht, so doch in der Verfassungsstruktur verankert hat. Die von Lenin seinerzeit angestrebte föderalistische Struktur der Sowjetunion ist hingegen unter Stalin dem Prinzip des bürokratischen Zentralismus geopfert worden. Als Folge dieser Entwicklung blieb in der UdSSR nur eine papierene „Autonomie“ der nichtrussischen Sowjetrepubliken und Volksgruppen übrig. In Jugoslawien hat sich hingegen die „österreichische Schule“ der föderativen Zusammengliederung verschiedener Nationalitäten besser bewährt, wenn sie auch die Rivalitäten etwa zwischen Slowenen und Kroaten einerseits und den serbischen Bevölkerungsteilen andererseits nicht aus der Welt schaffen konnte.

Aus der „österreichischen Schule“ kommen wir sudetendeutschen Sozialdemokraten. Für die geistige Fruchtbarkeit dieser Schule zeugt das Lebenswerk eines unserer Jüngerer, des leider früh verstorbenen Walter Kolarz. 1936 wurde er als Korrespondent einer Prager Tageszeitung aus dem dritten Reich ausgewiesen, weil er als einziger Auslandsjournalist den Verhandlungen des Berliner Volksgerichtshofes gegen sozialdemokratische Widerstandsgruppen beizuwohnen pflegte und darüber (was glücklicherweise nicht bewiesen werden konnte) dem emigrierten Parteivorstand der SPD in Prag berichtete.

In Paris wirkte Kolarz anschließend als Verbindungsmann der schwerbedrängten sudetendeutschen Sozialdemokratie zu den französischen Sozialisten. Bettelarm kam Walter Kolarz nach dem Fall Frankreichs mit seiner Frau Shura, einer geborenen Sowjetrussin, in London an. In den folgenden Jahren setzte er sich als kenntnisreicher Schriftsteller über

ostpolitische Probleme durch. Dies waren seine wichtigsten Veröffentlichungen:

- 1942 *Stalin und das ewige Rußland*
Die Wurzeln des Sowjetpatriotismus
(Verlag Lincolns — Prager, London)
- 1944 *Stalin and the eternal Russia*
(englische Ausgabe bei Lindsay Drummond)
- 1946 *Mythos and Realities in Eastern Europe*
(Essays über Geschichte und Psychologie der osteuropäischen Völker, wieder bei Lindsay Drummond)
- 1952 *Russia and her Colonies*
(eine umfassende Studie über die Nationalitätenprobleme der Sowjetunion), Lindsay Drummond
- 1954 *Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion*
(deutsche Ausgabe bei der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt)
- 1956 *Rußland und seine asiatischen Völker*
(Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt)
- 1961 *Religion in the Sowjetunion*
(Macmillan & Co., London)
- 1963 *Die Religionen in der Sowjetunion*
(Deutsche Ausgabe im Herder-Verlag, Freiburg/Brsg.)

Walter Kolarz hatte sich in der Britischen Rundfunkgesellschaft zum Leiter der Ostabteilung emporgearbeitet. Nach seinem tragisch frühen Tode vor zwei Jahren erschien noch ein Sammelband seiner Vorträge über die kommunistische Durchdringungspolitik in Afrika, die er an Ort und Stelle studiert hatte. In seinem Vaterhaus in Teplitz-Schönau (Kolarz' Vater war Kurdirektor dieser Badestadt) wurden sechs Sprachen gesprochen. Walter lernte noch einige dazu.

So hat die „österreichische Schule“ noch mit ihren Ausläufererscheinungen zur Aufhellung der Nationalitätenprobleme und Geisteskämpfe die-

ser Zeit beizutragen versucht. Aus den handschriftlichen Widmungen der Bücher von Walter Kolarz spricht das Bekenntnis dieses ehemaligen Teplitzer Jungsozialisten zum geistigen Erbe seiner alten Heimat. Er blieb auch als britischer Staatsbürger seinen sudetendeutschen Landsleuten eng verbunden.

Als Begründung meiner Aussage in dieser Schrift darf ich die persönliche Widmung des Erstlingswerkes von Walter Kolarz zitieren:

Meinem Freund und Vorbild, ohne den dieses Buch
nicht geschrieben worden wäre.

Wiesbaden, Paulinenstift
März 1966

Wenzel Jaksch



Walter Kolarz †

I Geschichtliche Voraussetzungen



Dr. h. c. Wenzel Jaksch

Unter Beibehaltung lebenswichtiger Bindungen an den Westen muß die deutsche Demokratie die Aufgaben und Ziele ihrer Ostpolitik in freier geistiger Entscheidung bestimmen. Die ostpolitischen Verzahnungen des deutschen Volks- und Staatsschicksals sind älter als die vordergründige Problematik dieser Nachkriegszeit. Schon die Männer der Achtundvierziger-Revolution, *Marx* und *Engels* vor allem, wollten ein freies Polen als Schutzwall gegen ein despotisches Rußland. Ihr Zeitgenosse *Palacky*, der „Vater der tschechischen Geschichte“ predigte die Solidarität der Völker der europäischen Mitte gegen die drohende Ausbreitung einer „russischen Universalmonarchie“*. In Ungarn wurde erstmals im Jahre 1849 eine volkstümliche Freiheitsbewegung von einer russischen Interventionsarmee zerschmettert. Zur selben Zeit sah Karl Marx die Gefahr, daß ein panslawistisch orientiertes Groß-Böhmen mit Rußland zusammengehen könnte. Böhmen in russischer Hand, so fürchtete er, würde zur Gefährdung der Einheit Deutschlands führen. Als aber zwanzig Jahre später die Wiedergründung des Deutschen Reiches zur Entscheidung stand, verwirklichte sie *Bismarck* gegen den Widerstand Frankreichs und mit der Rückendeckung Rußlands.

*) Von *Soiron*, der Präsident des Frankfurter Vorparlaments, wollte im Hinblick auf die staatsrechtliche Zugehörigkeit Böhmens und Mährens zum Deutschen Bund die Tschechen dafür gewinnen, sich an den Wahlen zum Paulskirchen-Parlament zu beteiligen. Auf seine Einladung antwortete der damalige Führer der tschechischen Nationalpartei, *Palacky*, mit einem Absagebrief, der jedoch prophetische Ausblicke enthielt. „*Sie wissen*“ schrieb *Palacky* an den Fünfziger-Ausschuß, „*welche Macht der ganze große Osten unseres Erdteils innehat*. Sie wissen, daß diese Macht, schon jetzt zu kolossaler Größe angewachsen, von innen heraus in jedem Jahrzehnt in größerem Maße sich stärkt und hebt . . . ; daß sie, im Innern fast unangreifbar und unzugänglich, längst eine drohende Stellung nach außen eingenommen hat, und wenngleich auch im Norden aggressiv, dennoch, vom natürlichen Instinkt getrieben, vorzugsweise nach dem Süden zu sich auszubreiten sucht und suchen wird, daß jeder Schritt, den sie auf dieser Bahn weiter vorwärts machen könnte, in beschleunigtem Lauf *eine neue Universalmonarchie* zu erzeugen und herbeizuführen droht, d. i. ein unabsehbares und unnennbares Übel, *eine Kalamität ohne Maß und Ende*, welche ich, ein Slawe an Leib und Seele, im Interesse der Humanität nicht weniger tief beklagen würde, wenn sie sich als eine vorzugsweise slawische *ankündigen wollte*.“

Das Querschnittsbild der europäischen Geschichte sagt aus, daß die Elemente der Situation von 1945 bereits in einer hundertjährigen Entwicklung vorgebildet waren. Es bestätigt auch, daß sich ein Volk der europäischen Mitte keine Erbfeindschaften leisten kann, weder im Westen noch im Osten. Der gemeinsame Kampf gegen den Bonapartismus und Bismarcks Rückversicherungspolitik sind nicht die einzigen Episoden deutsch-russischer Interessengemeinschaft gewesen. Deutsche klassische Philosophie und Dichtung hatten an der geistigen Entwicklung des russischen Nachbarvolkes rühmlichen Anteil. Groß war die Ausstrahlung des geistigen Schaffens der deutschen Sozialdemokratie auf das vorrevolutionäre Rußland. Auch *Lenin* gehörte zu ihren Bewunderern, bis die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten im ersten Weltkrieg diese Einstellung in tödlichen Haß verwandelte*. Nach Lenins strategischer Auffassung barg Deutschland den Schlüssel zur Beherrschung Europas. Sein Gehilfe *Radek* feierte den von französischen Besatzungstruppen hingerichteten Deutschen *Schlageter* als Märtyrer und versuchte, die äußerste Rechte in der Weimarer Republik für ein Programm des Nationalbolschewismus zu gewinnen. Jede Interessengemeinschaft deutscher und russischer Regierungsstellen — ob es sich um Bruderküsse zwischen Kaisern und Zaren handelte, um die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages oder um den Pakt zwischen Hitler und Stalin — war jedoch direkt oder indirekt gegen Polen gerichtet. Das Zusammenspiel zaristischer, preußischer und kaiserlicher Regierungen in der Beherrschung eines geteilten Polens war für die deutschen Sozialdemokraten erst recht ein Anlaß, verfolgte polnische Freiheitskämpfer mit offenen Armen aufzunehmen. Die hervorragende politische und geistige Rolle von Rosa *Luxemburg* in der deutschen sozialdemokratischen Bewegung ist ein Beweis der damals herrschenden nationalen und russischen Toleranz. Tätige Solidarität gegenüber emigrierten Gegnern des Zarismus war für freiheitlich gesinnte Deutsche eine Selbstverständlichkeit***. Gerade in Deutschland

***) Interessante Einzelheiten darüber brachte der Vortrag von Dietrich Geyer „Lenin und der deutsche Sozialismus“ (abgedruckt in der Sammlung „Deutsch-Russische Beziehungen — Von Bismarck zur Gegenwart“, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1964). Lenin war sogar in seinem sibirischen Verbannungsort regelmäßiger Postbezieher der „Sozialistischen Monatshefte“ aus Deutschland.

*) Diese Solidarität nützte der anarchistische Vorreiter des Panslawismus, Michael *Bakunin*, weidlich aus. Nachdem er seine deutschen Freunde (den Kreis um Varn-

hagen von Ense) bis zur Neige an- und ausgepumpt hatte, wurde er eine der Hauptfiguren auf dem Prager Slawenprozeß 1848 in Prag. Über die Tendenz dieser gegen die Paulskirche gerichtete Veranstaltung berichtete Bakunin später dem Zaren: „Der Haß gegen die Deutschen war der unerschöpfliche Gegenstand aller Besprechungen...“ — Leo *Trotzki* landete nach seiner geglückten Flucht aus Sibirien zunächst am idyllischen Hirschberger See in Nordböhmen. Wie er in seinen Erinnerungen berichtete, löste er von dort aus seine Finanzprobleme, indem er Artikel für SPD-Zeitungen in Deutschland schrieb. Für einen Beitrag in der „Leipziger Volkszeitung“ erhielt er 80 Goldmark als Honorar.

fanden die Freiheitsbestrebungen des russischen Volkes und der anderen Völker des Zarenreiches die stärksten Sympathien. Darüber hinaus ist die deutsche Sozialdemokratie die Mutterpartei für die sozialdemokratischen Bewegungen Ostmitteleuropas und zugleich Vorbild der nordischen Arbeiterparteien gewesen. Deutsche sozialistische Literatur fand Eingang in den baltischen Ländern, in Polen und Ungarn, in Rumänien wie in Serbien. Diese Ideenströme, verstärkt durch die geistigen Leistungen der österreichischen Sozialdemokratie, haben weit auf dem europäischen Festland das politische Leben befruchtet, bis der Gegenstoß des Leninismus den historischen Zweikampf zwischen Kommunismus und Sozialdemokratismus auslöste. Dazwischen liegt die Epoche des Hitlerismus und Stalinismus mit der Verankerung sowjetischer Machtinteressen im Herzen eines geteilten Deutschlands und eines gespaltenen Europas. Ob diesem Zustand das Merkmal der Vorläufigkeit anhaftet oder ob ihm Endgültigkeit zuzuerkennen ist, das ist der eigentliche Streitpunkt. Unverkennbar ist das Interesse der Sowjetregierung, den höchsten Pegelstand ihres Nachkriegseinflusses in Europa für alle Zukunft abzusichern. Im Bewußtsein der beteiligten Völker wird indessen das Gefühl der Vorläufigkeit andauern, bis eine am Verhandlungstisch geborene Friedenslösung erreicht worden ist. Die geistige Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Wandels und den Mächten der Beharrung über die Zukunft Europas ist durch keine Tabus aufzuheben. Sie wird weiterhin auf Ätherwellen den Eisernen Vorhang überspringen; sie wird alle menschlichen Begegnungen zwischen Ost und West beherrschen und in zunehmendem Maße auch die junge Generation der Ostblockstaaten in ihren Bann ziehen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist durch Jahrzehnte hindurch die führende westliche Dialog-Partnerin der heutigen Sowjetideologie und ihrer Vorläufer-Erscheinungen gewesen. Soweit künftige Friedenslösun-

gen von geistigen Vorentscheidungen und moralischen Abmessungen beeinflusbar sind, muß die deutsche Sozialdemokratie erneut in diese Rolle eintreten und den Kräften der Evolution im Ostblock Ermutigung bringen, indem sie ihnen die Perspektiven friedlicher Entwicklung aufzeigt. Im Bewußtsein der Völker östlich des Eisernen Vorhanges ist der Beitrag der sozialen Bewegungen Deutschlands zur Lösung der sozialen Frage nicht ausgelöscht. Jahrzehnte hindurch folgte der soziale Fortschritt dem West-Ost-Gefälle. Dazu hat nicht nur die Vorbildleistung der freien Gewerkschaften und des deutschen Sozialversicherungswesens beigetragen. Deutschland galt und gilt weiterhin bei seinen östlichen Nachbarn als Geburtsland sozialer Neuerungen, um nur die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, den sozialen Wohnungsbau und das Jugendherbergswesen zu nennen. Auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den westdeutschen Großbetrieben, die dynamischen Sozialrenten sowie das segensreiche Wirken der Arbeits- und Sozialgerichte im freien Teil Deutschlands heben sich vorteilhaft von der Praxis der kommunistischen Diktaturen ab.

Im Bewußtsein der Völker Ostmitteleuropas und Südosteuropas gilt die deutsche Sozialdemokratie als die große Friedens- und Freiheitspartei des deutschen Volkes. Mögen ihr auch die Kommunisten Mangel an militanter Bewährung vorwerfen — die Standhaftigkeit West-Berlins und der Juni-Aufstand in Mitteldeutschland lieferten Gegenbeweise einer aufopfernden Freiheitsgesinnung, die auch im Osten nicht übersehen wurden.

Im Bewußtsein der Völker Ostmitteleuropas ist die Gleichsetzung des deutschen Volkes mit dem Nazi-Regime nicht gelungen, weil zahlreiche Verfolgte dieser Länder die Verfolgung deutscher Hitlergegner in Kerkern und Konzentrationslagern miterlebten. Auch sind die Opfer kleiner Leute nicht vergeblich gewesen, die in den Betrieben gegenüber Fremdarbeitern ihre kameradschaftliche Solidarität bezeugten oder hungernden Kriegsgefangenen verstohlen ein Stück Brot zureichten.

So kann die deutsche Sozialdemokratie ihre Position gegenüber den Völkern der Osthälfte Europas in völliger Unbefangenheit beziehen. Sie hatte an den Unterdrückungsmaßnahmen deutscher Regierungen gegen diese Völker keinen Anteil. Sie ist selbst Opfer schwerster Verfolgung gewesen, zuerst während des Sozialistengesetzes im Kaiserreich und dann, in tragischen Ausmaßen, während der zwölf Unheilsjahre des Drit-

ten Reiches. Die deutsche Sozialdemokratie hat nie zum Kriege gehetzt, nie einen Gewaltfrieden gegen andere Völker gepredigt. In ihrem Wirken und in ihrem wachsenden Einfluß liegt die entscheidende Bürgschaft für den friedlichen Charakter eines wiedervereinigten Deutschlands. Ihr geschichtlicher Auftrag ist es, an den Ostgrenzen eines freien Deutschlands vollbringen zu helfen, was im Westen Europas weit vorangetrieben wurde: die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit freier Völker.

II Die Staffelung der Ostprobleme

Der zweite Weltkrieg setzte die Verlagerung der Weltkräfte fort, die sich schon im ersten Weltkrieg angebahnt hatte. Als Folge der europäischen Selbstzerfleischung wuchs die Macht der Vereinigten Staaten und die Geltung der Sowjetunion. Hitlers Wahnwitz und die alliierte Politik der „bedingungslosen Kapitulation“ vollendeten die Entmachtung der europäischen Mitte in einer polarisierten Welt. Der Aufteilung Österreich-Ungarns von 1918 folgte 1945 die vorübergehende Auslöschung der deutschen Staatlichkeit. Bald wurde sichtbar, daß das derart geschaffene Vakuum die Westexpansion des Sowjetkommunismus weiter begünstigte. Schon bei Kriegsende waren in den Vormarschgebieten der Roten Armee und auf dem Balkan 100 Millionen Europäer unter kommunistischer Herrschaft gefallen. Unter Mißbrauch des Siegerrechts wurde auch Mitteldeutschland in eine sowjetische Kolonie verwandelt und der Viermächte-Status von Groß-Berlin zerstört. Diese Bedrohung führte zur Entstehung eines deutschen Kernstaates auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen.

Der geschichtliche Auftrag der Bundesrepublik ist von dieser Ausgangslage her einseitig im westlichen Sinne interpretiert worden. Ihre politischen Energien dienen vorzugsweise der westeuropäischen Integration und der Beitragsleistung zur westlichen Allianz. Ohne ihre Verbindlichkeiten im Westen zu vernachlässigen, muß sich nunmehr die Bundesrepublik stärker ihrer eigentlichen Berufung zuwenden, Ausgangsposition für die Wiedergeburt eines freien und geeinten Deutschlands zu sein.

Die Probleme der deutschen Ostpolitik stellen sich von dieser Ausgangsposition in folgender Staffelung dar:

Berlin als Symbol einer rechtlich fortbestehenden Gesamtstaatlichkeit und geistige Brücke des Kernstaates zum unfreien Teil Deutschlands. In ihrer Bindung an die Bundesrepublik von den Spaltungsmächten stets angefochten, wird die deutsche Reichshauptstadt zum entscheidenden Schauplatz der deutschen Selbstbehauptung. Über diese Defensivrolle hinaus kann Berlin, als traditioneller Umschlagplatz von Ost-West-Ein-

flüssen, zum Ausfallstor einer konstruktiven deutschen Ostpolitik werden.

Mitteldeutschland mit seiner Doppelfunktion als Faustpfand der Sowjetpolitik und vorgelagerter Schutzraum des Westens. Solange sich die Bevölkerung Mitteldeutschlands von der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Helfern nicht gesinnungsmäßig gleichschalten läßt, bindet sie Kräfte der kommunistischen Aggression. Nach wie vor muß das Zonenregime versuchen, die fehlende innerpolitische Basis durch äußere Abstützung zu ersetzen. Seine Bemühungen um internationale Anerkennung als Staatsgebilde zielen auf eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands und fordern eine weltweite Gegenwirkung der Bundesrepublik heraus. Auf wirtschaftlichem Gebiet stellt die gesteigerte Außenhandels-Aktivität der Zone und deren Unterstützung durch westliche Industrieländer die Bundesrepublik vor neue Entscheidungen. Der Interzonenhandel wird in verstärktem Maße zum Politikum.

Die Vertreibungsgebiete mit ihren unbehobenen menschlichen Notständen stellen ein besonderes ostpolitisches Aufgabengebiet dar. Im polnischen Verwaltungsbereich leben noch rund 800 000 ehemalige deutsche Staatsangehörige, deren kulturelle und menschliche Entrechtung nach Abhilfen verlangt. In der Tschechoslowakei befinden sich zwischen 150 000 und 200 000 zurückgehaltene Sudetendeutsche in der gleichen Lage. Auch das kulturelle Eigenleben der auf 250 000 Angehörige geschwächten Volksgruppe der Deutschen in Ungarn ist wieder bedroht. Vor der Gefahr des Volkstodes stehen die 400 000 Deutschen Rumäniens. Auch das besonders tragische Problem der Rußlanddeutschen wirft humanitäre Probleme auf.

Der Satellitenraum. Obwohl die traditionelle Einstellung der Völker Ostmitteleuropas und Südosteuropas zu Deutschland wesentliche Differenzierungen aufweist, tritt uns der sogenannte „sozialistische Block“ mit einer einheitlich negativen Deutschlandpolitik gegenüber. Versuche einer politischen Aufweichung der Blockdisziplin werden auf absehbare Zeit von der sowjetischen Führungsmacht mit einer strafferen Zügelführung beantwortet werden. Hingegen liegt die Tendenz zur *wirtschaftlichen Differenzierung* des Satellitenraumes in der Natur der Sache. Aus seiner besonderen Interessenlage heraus hat *Rumänien* seine wirtschaftliche Un-

abhängigkeit wieder zurückgewonnen. *Jugoslawien* hingegen, das den politischen Bruch mit Moskau schon 1948 vollzog, beteiligt sich neuerdings wieder an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Ostblockstaaten.

Die Sowjetunion ist bereits vor dem zweiten Weltkrieg ein politischer Superstaat mit weitreichender ideologischer Ausstrahlung gewesen. Seit 1945 hat sie sich zur zweitgrößten Militärmacht der Erde entwickelt. Damit sind die Gewichte auf den europäischen Schauplätzen der Weltpolitik verschoben. Nur der Atomschirm der USA kann auf absehbare Zeit die Sicherheit Westeuropas gewährleisten. Gleichzeitig ist aber das vereinigte Wirtschaftspotential Westeuropas — EWG und EFTA zusammengekommen — dem des Ostblocks weit überlegen. Bei dieser Gewichtsverteilung bleibt wenig Spielraum für ein isoliertes deutsch-russisches Gespräch. Wohl wäre die Bundesrepublik in der Lage, für eine Freigabe der Zone erhebliche wirtschaftliche Leistungen anzubieten, doch Mitteldeutschland ist für Moskau nicht nur ein wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt, sondern zugleich der nord-westliche Eckpfeiler seines europäischen Bündnissystems. Daher besteht eine reale Verzahnung der deutschen Frage mit dem Schicksal der osteuropäischen Völker.

Europa bis zum Ural? De Gaulles Versuch, durch eine Auflösung der West-Allianz zu einer Auflockerung des Ostblocks zu kommen, ruft nach einem Gegenkonzept, das in ganz Westeuropa — Frankreich eingeschlossen — stärkeren Anklang findet. Die Aufgabe ist, eine möglichst breite geistige Plattform für eine Politik der kollektiven europäischen Selbstbehauptung zu bauen. Sie muß von der Einsicht ausgehen, daß die Sowjetunion nicht am Ural teilbar ist, sondern auch eine asiatische und fernöstliche Macht repräsentiert. Sie paßt daher nicht in das kontinental-europäische Kartenpaket hinein, mit dem de Gaulle spielen will. Der Gefahr eines Rückfalls in die alte nationalstaatliche Interessenpolitik auf Kosten der westeuropäischen Zusammenarbeit kann nur durch das Herausstellen großer gesamteuropäischer Gesichtspunkte begegnet werden.

Die chinesische Komponente. Rotchina, mit seiner bloßen Existenz als zentralistisch regiertes 700-Millionen-Reich, bedeutet eine schicksalhafte Machtverlagerung in der Weltpolitik. In China wächst ein riesiges Militärpotential entlang einer schwer zu verteidigenden Ostgrenze des Sowjetreiches heran. Diese Bedrohung geht von einem Lande aus, das Ge-

bietsansprüche im Ausmaß von 1,5 Millionen Quadratkilometern an die Sowjetunion stellt. Starrsinnige sowjetische Staatsmänner suchen vorläufig noch im Zusammenhang mit Absprachen über die Nichtweitergabe von Atomwaffen einen Keil zwischen die NATO-Mächte zu treiben. Mittlerweile geht aber jene Atomrüstung ungehindert weiter, welche die Bürger der Sowjetunion am meisten zu fürchten haben. In dieser gefährlichen Lage ist dem deutschen Volk nicht mit törichten Spekulationen über einen unvermeidlichen Vernichtungskampf zwischen dem chinesischen Tiger und dem russischen Bären gedient. Es gehört zunächst auch in den Bereich eines Wunschenkens, für Liebesdienste an Peking irgendwelche Hilfen für die deutsche Wiedervereinigung zu erwarten. Berechtigt ist aber die Hoffnung, daß die Sowjetunion früher oder später einen Ausgleich an ihren Westgrenzen suchen muß, der neben einer größeren Bewegungsfreiheit der Satelliten auch eine Friedensregelung mit Deutschland einschließt. Auf diese Entwicklung geistig zuzurüsten und für deren Nutzbarmachung das politische Instrumentarium zu schaffen, ist vordringliche Aufgabe einer konstruktiven deutschen Ostpolitik.

III Elemente des Wandels

Es bedarf der Anwendung von Hegels dialektischer Denkmethode, um die widerspruchsvolle Entwicklung im Ostblock zu deuten. Die Kräfte der Bewegung und der Erstarrung liegen dort sichtbar im Streit. Die Methoden des ökonomischen Kollektivismus und der zentralistischen Planung sind offenbar schon seit Jahren an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Wirtschaftliche Engpässe rufen in der Sowjetunion wie in den Satellitenländern Reformideen auf den Plan. Wirtschaftliche Reformen verschiedenen Grades werden beschlossen, doch deren Durchführung stößt auf das Hindernis der zentralistischen Parteiherrschaft. Der totalitäre Staat verträgt wohl gewisse Verlagerungen der Verantwortung, aber keine Dezentralisierung der Machtausübung. So werden abwechselnd die Zügel gelockert und wieder gestrafft. Auf Tauwetter folgt Frostwetter, auf Entstalinisierung Re-Stalinisierung. Ansätze relativer Freiheit werden durch neue Prozesse gegen Schriftsteller abgelöst. Aus diesem Widerspiel von These und Antithese werden jedoch neue Synthesen geboren, die eine weiterentwickelte Wirklichkeit spiegeln.

Westliche Einflüsse auf die Entwicklung der individuellen und kollektiven Bewußtseinslage sind in den sowjetisch kontrollierten Ostblockländern unverkennbar am Werk. Neben der Dialektik der gesellschaftlichen Veränderungen im innerstaatlichen „Kleinklima“ schafft die Dialektik der Blockbeziehungen — etwa zwischen EWG und COMECON — ein evolutionäres Großklima*.

Auch die Ausstrahlung von Freiheit und Wohlstand in der Bundesrepublik ist ein Element des Wandels im Ostblock, insbesondere im Satellitenraum. In der Deutschlandfrage stehen wir allerdings einer tief verankerten statischen Einstellung gegenüber. Dessenungeachtet verdienen neben dem ermüdenden Anblick dieser Statik auch die Elemente

*) Comecon ist die gebräuchliche westliche Abkürzung für den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ einer sowjetischen Gegengründung gegen den Gemeinsamen Markt.

des Wandels Beachtung, die gegen das Einfrieren des Status quo wirken. Es sind dies vornehmlich:

1. Die Entideologisierung unseres Zeitalters und der Vormarsch kritisch-pragmatischen Denkens. Neben der Vernichtungsdrohung der Atomwaffen verblassen die Leitbilder perfektionistischer Gesellschaftsordnungen. In den höher entwickelten Industrieländern der Erde läßt dieses veränderte Zeitklima die ideologischen Wurzeln des Kommunismus verdorren. Auch in der Sowjetunion wird der gesellschaftliche Zwangskollektivismus zusehends aus einer Zukunftsverheißung zu einer vergangenheitsbezogenen Rechtfertigung des herrschenden Gewaltregimes. Damit wird auch die ideologische Beherrschung des Satellitenraumes in Frage gestellt. In Westeuropa vollzieht sich die Umwandlung des früheren Gesinnungs-Kommunismus in einen Agenten-Kommunismus, der allerdings eine beachtliche konspirative Größe darstellt.

2. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges wächst der Widerstand gegen die Teilung Europas. Die Unterbindung des innereuropäischen Blutkreislaufes wird von den betroffenen Völkern schmerzlich empfunden. Besonders die Jugend dieser Völker drängt nach Erneuerung menschlicher Kontakte und nachbarlicher Begegnung. Ihre elementaren Wünsche gelten dem freien Welterlebnis und beruflicher Freizügigkeit. Im kirchlichen Bereich melden sich tausendjährige übernationale Gemeinsamkeiten zu Wort. Der Briefwechsel zwischen polnischen und deutschen Bischöfen ist deren sichtbarer Ausdruck. Unter dem Druck staatsgeförderter atheistischer und pseudo-christlicher Kräfte sucht die religiöse Substanz der osteuropäischen Völker ihren Rückhalt im Westen. Gegen diese stille Erosion der Gemeinschaftsbindungen im Ostblock ist die kommunistische Propaganda machtlos.

3. Die künstliche Lenkung von Warenströmen im Bereich des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (COMECON) steht im Widerspruch zu dem natürlichen Austauschbedürfnis der Volkswirtschaften West- und Osteuropas. Im Selbstmord Erich Apels wurde offenbar, daß die Sowjetunion beim Abschluß bilateraler Lieferungsverträge im Comecon-Bereich die Schraube der politischen Hörigkeit ihrer Partner bis zum äußersten anzieht. Sie kann aber weder

die chronische Kapitalsnot ihrer europäischen Verbündeten beheben, noch deren Bedarf an modernen Industrieausrüstungen decken. Sogar ihre eigenen wirtschaftlichen Engpässe rufen nach Zusammenarbeit mit der überlegenen technologischen Leistungskraft des Westens. Isoliert betrachtet, wäre die völlige Einschmelzung der osteuropäischen Volkswirtschaften (abgesehen von Rumänien und Jugoslawien) für die Sowjetunion wirtschaftlich von Vorteil. Sie stellt zugleich aber eine politische Belastung dar, weil jedes Ausbeutungsverhältnis von Volk zu Volk den Sezessionswillen der Ausgebeuteten verstärkt. Somit bleibt in dem entscheidungsschweren Jahrfünft bis 1970 ein breiter Spielraum für wirtschaftliche Initiativen des Westens zur Entspannung des Ost-West-Konflikts. Die Bundesrepublik kann sich dabei nicht ins Schlepptau der Alleingänge der derzeitigen französischen Regierung nehmen lassen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, neben der Pflege der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zum Ostraum die Tür des Gemeinsamen Marktes für die osteuropäischen Länder offen zu halten.

4. Das Gesetz der wirtschaftlichen Unergiebigkeit kolonialer Methoden wird sich auch im „Sozialistischen Lager“ bestätigen. Sechszwanzig sowjetische Divisionen in Mitteldeutschland, Polen und Ungarn liegen als Kostenfaktor gegen die wirtschaftlichen Vorteile der sogenannten „sozialistischen Arbeitsteilung“ auf der Waagschale. Diese Truppen bewachen außerdem eine ungefährdete Grenze der Sowjetunion. Die Unbezwinglichkeit Rußlands vom Westen her hat sich in drei großen Kriegen erwiesen. Als militärischer Machtfaktor ist das Sowjetreich so tief im europäischen Bewußtsein verankert, daß einige Friedensgarnisonen in den westrussischen Militärbezirken die Unverletzlichkeit seiner Westgrenzen genau so verbürgen würden, wie die symbolischen Truppenkontingente der Westmächte die Sicherheit Westberlins garantieren. Nach einem Friedensschluß könnte daher das Arbeitskraftpotential von sechszwanzig Sowjetdivisionen der Friedenswirtschaft des eigenen Landes dienen. Ein nach westlichen Vorbildern eingerichteter Jugendaustausch würde jungen Sowjetbürgern gerade in jenen Ländern die Chance einer zusätzlichen Berufsausbildung bieten, wo sie heute als Besatzungssoldaten in strenger Isolierung von der Bevölkerung ein tristes Kasernenleben führen.

Die russische Sicht auf diese Möglichkeiten wird vorläufig noch durch das Gespenst eines ewig kriegslüsternden Deutschland verstellt. Der Glaube an die eigene Propagandathese von der permanenten „deutschen Gefahr“ wird damit zu einer wirklichen Gefährdung der Sowjetunion, weil sie ihre politischen und militärischen Energien nach der falschen Richtung hin bindet. Ein Blick auf die sowjetischen Volkszählungsergebnisse von 1961 enthüllt, daß kein motorischer Bevölkerungsdruck die russische Westexpansion vorantreibt. Die Bevölkerung unterbevölkerter russischer Westprovinzen stagniert, weil der Menschenzuwachs Weißrußlands, der Ukraine und auch der baltischen Sowjetrepubliken von den ungeheueren Leerräumen östlich des Urals absorbiert wird. Schon diese Richtung der sowjetischen Binnenwanderung zeigt an, daß die russische Deutschland- und Europa-Politik mit dem Rücken gegen das eigentliche Gefahrenzentrum China steht. Ein Ausgleich im Westen ist daher für sie Möglichkeit und Notwendigkeit zugleich.

Schließlich muß die Kreml-Strategie auch die finanziellen Anforderungen des nuklearen Wettrüstens und der Weltraumforschung in Betracht ziehen. Nicht nur in der Sowjetunion, sondern im ganzen Satellitenbereich stehen überhöhte Militärausgaben im Widerstreit zum Investitionsbedarf der Wirtschaft. Auch innerpolitische Notwendigkeiten wirken daher für einen Wandel der sowjetischen Außenpolitik.

IV Die Aufgabe: Kleine Schritte zu großen Zielen

Der freie Westen trägt für die Zukunft der Menschheit die größere Verantwortung, weil seine Bürger in geistiger Freiheit nach friedlichen Auswegen suchen können. Die Völker des Ostblocks leben im Banne einer Doktrin, die ihnen den geistigen Zugang zu den großen Friedensproblemen der Welt erschwert. Weder die Idee des Klassenkampfes noch die Parolen der Weltrevolution sind Antworten auf die Lebensangst der Völker, deren Zukunft im Schatten riesengroßer Vernichtungsgefahren liegt. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Atomzeitalter, beides zentrale Friedensaufgaben, werden jedoch nicht das Werk gegensätzlicher Ideologien sein. Sie erfordern neue Einsichten in die Schicksalsverbundenheit der Völker und Kontinente.

Verhängnisvoll wäre auch eine geistige Versteinerung des Ost-West-Problems, während bereits neue Gegensätze die Bewohner des Erdballs entzweien. Für die Völker der Sowjetunion, Westeuropas und Nordamerikas ist die Ablösung des ideologischen Ost-West-Konfliktes durch den sozialen Nord-Süd-Gegensatz der Menschheit die entscheidende Realität ihres Daseins geworden. Immer mehr bedürftige Hände aus den tropischen und subtropischen Zonen der Erde werden sich den Industrienationen der gemäßigten Breiten entgegenstrecken. Gigantische Hilfs- und Aufbauleistungen werden bis zur Wende des Jahrtausends erforderlich sein, um die Welt vor einem Versinken in Anarchie zu bewahren.

Den Ansporn zu einem großen Friedenskonzept der führenden Industriegesellschaften geben nicht zuletzt die Bevölkerungsexplosionen in Asien und Afrika mit ihren Schwerpunkten in China und Indien. Angesichts der gewaltigen Problemstellungen in Asien, Afrika und Lateinamerika sind künstliche Schranken in Europa ein Anachronismus. Die Welt braucht die ungefesselte Leistungskraft der osteuropäischen Völker. Sie braucht auch den Leistungsfaktor eines wiedervereinigten Deutschland.

Daraus ergibt sich für die deutsche Demokratie die grundsätzliche Position der Ablehnung jeder dauernden Diskriminierung des deutschen Volkes. Die Stabilität der deutschen Demokratie ist die Voraussetzung

für die Gesundung Europas. Sie hat mit dem Wiederaufbau eines Rechtsstaates und mit ihren Beiträgen zur europäischen Integration der Sache der freien Welt große Dienste geleistet. Dieser Wandel von der Aggressionspolitik des Dritten Reiches zur Versöhnungsbereitschaft der deutschen Demokratie ist auch im Satellitenraum nicht unbemerkt geblieben. Erinnerungen an geistige Verwandtschaften und kulturelle Austauschbeziehungen mit dem vor-hitlerischen Deutschland wurden wieder lebendig. Der deutsche Sprachunterricht gewinnt auch in Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien als Wahlfach an höheren Schulen erneut an Boden. In Oberschlesien, in der Slowakei, in Ungarn, Kroatien, Siebenbürgen, in Bulgarien, ja, selbst in Böhmen und Mähren sind traditionelle deutsche Sprach- und Kultureinflüsse lebendig geblieben, woran allerdings die Sympathien für Österreich einen wesentlichen Anteil haben.

Trotz eines von Regierungsseite unermüdlich propagierten Zweck-Chauvinismus kann von einem allgemeinen Deutschenhaß im Satellitenraum nicht mehr die Rede sein. Im Urteil der osteuropäischen Völker genießt der freie Teil Deutschlands entschieden eine höhere Wertschätzung als das „verbündete“ Ulbricht-Regime. Vom Osten her gesehen erscheinen die Nazi-Verbrechen als Glieder in der Kette der Unmenschlichkeiten, die dem Einbruch der totalitären Mächte in die Gehege der menschlichen Zivilisation folgten. Deshalb nimmt auch in der russischen Literatur die Auseinandersetzung mit den Stalin-Verbrechen einen wachsenden Raum ein. In Jugoslawien hat die Feststellung des Dozenten *Mibaljow*, daß die ersten Vernichtungslager in der Sowjetunion errichtet wurden, gnädige Richter gefunden, die ein freisprechendes Urteil fällten. Nicht zu übersehen sind die Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses durch die nazistische Okkupationspolitik, für die allerdings auch Stalin durch seinen Teilungsvertrag mit Hitler das Startzeichen gab. Auch in anderen Hinsichten ist das Konto der sowjetischen Polenpolitik noch zu bereinigen. Schließlich hat das deutsche Volk auch mit einer halben Million Luftkriegstoten, 800 000 Zivilverschleppten und mit dem Vertreibungsschicksal von 15 Millionen Menschen — abgesehen von den Wehrmachtstoten und vermißten Kriegsgefangenen — einen hohen Preis für die Verbrechen Hitlers bezahlt.

Die deutsche Demokratie hat daher keine Ursache, von der Position moralischer Minderwertigkeit aus den Dialog mit den Partnern im Ostraum

zu führen. Sie ist durch die Opfer des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Tyrannis und gegen die kommunistische Gewaltherrschaft in Mitteldeutschland dem Frieden und der Menschlichkeit verpflichtet. Daraus kann sie ein Mitspracherecht bei der Erörterung der Zukunftssorgen der Menschheit ableiten. Die deutsche Demokratie darf sich von der geistigen Pionierarbeit nicht ausschließen, die zur Vorbereitung einer redlichen Partnerschaft zwischen Westeuropa und Osteuropa erforderlich ist. Diese Verpflichtung umfaßt einen weiten Bereich politischer, wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben, die wenigstens in ihren Umrissen abgesteckt werden müssen, damit die vorwärtsdrängenden Kräfte sinnvoll eingesetzt werden können.

Ostpolitik als Bildungsaufgabe

Die geistigen Träger einer konstruktiven deutschen Ostpolitik müssen einen Mittelweg zwischen der Herder'schen Idealisierung unserer Ostnachbarn und einem anti-östlichen Mißtrauenskomplex finden. Weder emotionale Freundschaften noch abgründige Skepsis können gute Lösungen vorbereiten. Der Mut zur Vertretung des eigenen Standpunktes ist in jeder Auseinandersetzung mit dem starken Geltungsbedürfnis aufstrebender Völker unerlässlich. Ihre Vorliebe für die Dramatisierung politischer Gespräche ist als gegebene psychologische Komponente in Kauf zu nehmen. Wir dürfen vor allem jene wertvollen Partner nicht enttäuschen, die bei den Vertretern eines freiheitlichen Deutschlands Sachkenntnis, Festigkeit in der Anschauung und Zielsicherheit voraussetzen. Sprachliche Vielseitigkeit ist ein Vorteil. Junge Deutsche, die sich für Fragen der Ostpolitik interessieren, sollten auch Sprachen und Wesensart der osteuropäischen Völker studieren und einen Mindestwortschatz jener Länder beherrschen, die sie jeweils besuchen. Die Rolle des Russischen als der Verkehrssprache des Ostblocks ist nicht zu übersehen, doch kann man von der guten Kenntnis einer slawischen Sprache ausgehend leichter die anderen slawischen Sprachen erlernen. Je schwieriger die Sprache eines kleineren Volkes ist — etwa Ungarisch oder Finnisch —, desto größer die Freude über den Fremden, der sie beherrscht. Aus diesen Voraussetzungen ergeben sich für deutsche Dialogpartner vielfältige Bildungsaufgaben, um nur einige zu nennen:

- a) Die Völker des Ostblocks leben im Bannkreis der russischen Geschichte. Die Kenntnis der wesentlichen Tatbestände des vorrevolutionären Rußland, der Revolutionsereignisse und der Phasen der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gehört daher zur Dialogfähigkeit.
- b) Die kommunistische Erziehung stellt den Ablauf der Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen dar. Ihr kann man nur ein besseres historisches Wissen entgegensetzen, welches auch die religiösen, geistigen und ethischen Komponenten des Geschichtsverlaufes umfaßt. Die Vorbildleistungen des Westens etwa auf dem Gebiete der Menschenrechts-Postulate, der Sozialreform und der Frauen-Emanzipation brauchen nicht verschwiegen zu werden.
- c) Unter der Oberfläche der politischen Gleichschaltung sind die Mentalitäten der Völker Ostmitteleuropas und Südosteuropas als Ergebnis tausendjähriger historischer Prägungen weitgehend erhalten geblieben. Jedes dieser Völker hat seine Kleingeschichte, die von der nationalistischen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts entsprechend ausgeschmückt worden ist. Ein wichtiger Ausgleich dazu ist daher die Kenntnis der überregionalen Großvorgänge, welche die Schicksale dieser Völkergruppe bestimmten (z. B. der Einfluß des weströmischen Christentums und der oströmischen Orthodoxie, Mongolenstürme, Türkenherrschaft und Abwehrkämpfe).
- d) Das Dasein zwischen den Machtzentren des Westens und des Ostens hat diesen Völkern Perioden der Eigenständigkeit geschenkt, die mit Zeiten der Abhängigkeit von größeren Machtgruppierungen wechselten. Seit 1945 ist das Geschehen in diesem Teil Europas den Gesetzen einer alles überragenden Blocksituation unterworfen. Ausgangspunkt jeder Entspannung und Verständigung ist daher das Dreieck-Problem *Westeuropa — Osteuropa — Sowjetunion* (*). Erst aus dieser Sicht ergibt das

*) Unter diesem Titel erschien 1965 eine Studie des Verfassers über gesamteuropäische Strukturprobleme, die 1966 in zweiter Auflage veröffentlicht wurde (Edition Atlantic-Forum, Bonn, Drachenfelsstraße 1).

Eingehen auf die nationalen Differenzierungen Aufschlüsse für die praktische Politik. Das Kriterium der Situation in Polen ist z. B. nicht der „Liberalismus“ des Gomulka-Regimes, sondern die tiefe Verwurzelung des Katholizismus im Volke. Die Stärke des religiösen Widerstandes und ungelöste Sozialprobleme zwingen das Regime Gomulkas zur engen Anlehnung an die Sowjetunion. In der Tschechoslowakei hingegen, zumindest in Böhmen und Mähren, hat der Kommunismus die katholische Kirche in eine verzweifelte Defensive gedrängt, während dieselbe Kirche in der Slowakei das Rückgrat eines Volkswiderstandes bildet. Daneben bestimmen auch die wirtschaftlichen Strukturverhältnisse den Abhängigkeitsgrad der einzelnen Länder von der Sowjetunion. Rumänien kann seine Industrialisierung aus eigenen Rohstoffquellen finanzieren. Das rohstoffarme Ungarn ist hingegen viel stärker an Moskau gebunden.

Der Begriff „Osteuropa“ umfaßt somit die politische Schicksalsgemeinschaft von fast 100 Millionen Europäern östlich des Eisernen Vorhanges. Dabei sind die geschichtlichen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Voraussetzungen des sowjetischen Gesellschaftssystems von Land zu Land verschieden, wenn man z. B. den industriellen Entwicklungsstand Mitteldeutschlands und Bulgariens in Vergleich setzt. Die deutsche Ostpolitik muß von einer Gesamtübersicht über die Vorgänge im nichtrussisch-europäischen Sektor des Ostblocks ausgehen, zugleich aber die Differenzierungen etwa in der Entwicklung Polens, Rumäniens und Jugoslawiens mit minutiöser Genauigkeit verfolgen. Das bedeutet eine stärkere Ostorientierung unseres politischen Denkens. Wenn wir uns innerlich zu sehr nach dem Westen orientieren, werden wir schwerlich eine von starken Impulsen getragene Ostpolitik führen können. Aus der Teilung Deutschlands erwächst die Gefahr, daß der „Westen“ zu sehr amerikanisiert und „Ostdeutschland“ zunehmend russifiziert wird. Die geistige Abwehr solcher scheinbarer Zwangsläufigkeiten kann nur von der Position der europäischen Mitte geführt werden. Dies bedeutet, daß uns die Sowjetunion und China ebenso sehr interessieren müssen wie die angelsächsischen Verbündeten. Polen verdient nicht weniger Interesse als Frankreich. Böhmen-Mähren liegen einem ungeteilten Deutschland näher als die Schweiz. Schließlich ist auch der Donauraum für unsere Zukunft nicht

von geringerer Bedeutung als Italien. Mit einer ganzen Reihe guter Ostinstitute haben wir in der Bundesrepublik wesentliche Voraussetzungen für die geistige Durchdringung der Ostprobleme geschaffen. Aus diesen Quellen können Parteien, Regierung und Erziehungswesen reiches Ostwissen schöpfen und damit zur Überwindung der „Ostblindheit“ des Westens beitragen.

Ostpolitik als Wirtschafts- und Sozialproblem

Auf unübersichtlichem Terrain der Außenpolitik orientiert man sich am besten nach dem historischen Gefälle. Diktaturen können die Ströme nicht bergauf fließen lassen. Die moderne Verkehrstechnik kann wohl Entfernungen abkürzen, aber nicht grundlegend verändern. Seit Peter dem Großen ist das ganze nichtrussische Europa der Zwillingsbruder Großrußlands auf wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Gebieten gewesen. Nach den Gesetzen der Geographie liegt die deutsche Industriewerkstatt den unendlich aufnahmefähigen Osträumen am nächsten. Vor dem ersten Weltkriege wickelte das Zarenreich, trotz wachsender politischer Gegensätze, 40 Prozent seines Außenhandels mit dem kaiserlichen Deutschland ab. Gewaltige Veränderungen in der Struktur wie in der Größenordnung beider Länder sind seither eingetreten. Manche Ähnlichkeiten der nordamerikanischen und der eurasischen Großräume laden zu Vergleichen und zur Übernahme von Produktionserfahrungen zwischen USA und UdSSR ein. Amerikanisch-russische Gigantomane kann aber nicht in allen Bereichen deutsche Präzisionsarbeit und Wirtschaftlichkeit ersetzen. Im Satellitenraum sind die Rezepte aus der russischen Großküche nicht immer mit Nutzen angewandt worden. Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, persönliche Initiative, Vergeistigung der manuellen Arbeit und eine organische Gliederung der Produktionsfaktoren sind in der Mittelzone Europas die besseren Erfolgsrezepte, wie der Wohlstand der Schweiz oder des rohstoffarmen Schwabenlandes es dartun. Daraus ergeben sich einige Schlüsse, und zwar:

Weder die Einfuhr von Kapitalgütern noch die Erwerbung von Lizenzen können der Sowjetunion auf die Dauer die Vorteile normaler Handelsbeziehungen mit dem westeuropäischen „Hinterland“ ersetzen.

Ein geteiltes oder wiedervereinigtes Deutschland wird den Völkern des Satellitenraumes stets in einer attraktiven Austauschposition gegenüberstehen. Selbst in dem Zustand der Spaltung Europas ist der deutsche Osthandel in dieser Region ein bedeutender Faktor der Wirtschaftsentwicklung geblieben. Der Massentourismus aus der Bundesrepublik ist zu einer begehrten Devisenquelle für Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei geworden.

Allein die Beseitigung der bestehenden Schranken würde Handel und Wandel beleben. Gegenwärtig erschweren die Zonenbehörden sogar Transitlieferungen aus Polen nach Westberlin und in die Bundesrepublik. Die europäischen Kernländer Böhmen und Mähren waren seit 1000 Jahren nicht so vom Westen abgeschnitten wie heute. Ihr Wiederanschluß an die westlichen Wirtschaftsräume ist Voraussetzung neuen Wohlstandes. Auch die wirtschaftliche Fragmentierung des Donauraumes hindert eine Wohlstandsentwicklung der dort lebenden Völker. Auswege aus diesem Teilungsnotstand sind schwierig zu finden. Nächstliegend wäre die Erwägung, daß die Länder des Westens entweder als europäische Gemeinschaft der Sechs oder als Nato-Verbündete ihre Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ostblock koordinieren sollen. Dem steht nicht nur der Alleingang Frankreichs entgegen. Noch einmal hat der Ostblock mit der Vorspiegelung von angeblich unbegrenzt aufnahmefähigen Zukunftsmärkten im Ostraum die westlichen Industrieländer zu einem Wettlauf mit Vorzugslieferungen und großzügiger Kreditgewährung gewonnen. Damit ist die Berner Konvention gefallen, welche die Zahlungsfristen bei Lieferungen an Ostblockländer mit fünf Jahren begrenzte. Der seitherige chaotische Zustand schafft keine Lösungen, denn früher oder später muß der Ost-West-Handel nach dem Prinzip des Leistungsaustausches geordnet werden. Dafür ist ein Rahmenkonzept des Westens erforderlich, das den legitimen Exportinteressen der Sowjetunion Rechnung trägt und die Volkswirtschaften des Satellitenraumes auf die Stufe der normalen Konkurrenzfähigkeit mit westlichen Handelspartnern hebt. Unabhängig von den Schwankungen der Ost-West-Beziehungen ist die Aufgabe gestellt, die *Strukturvoraussetzungen für einen ungehemmten gesamteuropäischen Güteraustausch zu schaffen*. Dies würde erfor-

dern, mit möglichst geringem Zeitverlust das Planungsgespräch zwischen Ost- und Westeuropa zu eröffnen. Dafür bieten sich als Schwerpunkte an:

1. Eine gemeinsame Planung der Verkehrsentwicklung auf den Gebieten des Fernstraßenbaues, der Binnenschifffahrt und des zivilen Lufverkehrs.
2. Vorbereitung einer gemeinsamen Energiepolitik zur überregionalen Nutzung der Wasserkräfte und Auswertung kalorischer Energiequellen an den besten Standorten.
3. Industrielle Partnerschaften zur beschleunigten Entwicklung friedenswirtschaftlicher Produktionszweige in den Ostblockländern. Über diese rein wirtschaftlichen Zielsetzungen hinaus kommen weiter in Betracht:
4. Zusammenarbeit auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung, der Berufsausbildung und der Volksgesundheitspflege.
5. Wiederherstellung der Freizügigkeit von Arbeitskraft und Kapital sowie Anbahnung eines innereuropäischen Niederlassungsrechts.
6. Zusammenarbeit bei der Aufschließung und optimalen Nutzung geeigneter Erholungsgebiete für den Massentourismus; weitere Erleichterung von Einzelreisen.
7. Möglichste Breitenwirkung eines Kulturaustausches auf Gegenseitigkeit.
8. Erweiterung der akademischen Austauschbeziehungen.

Im wirtschaftlichen Sektor bleibt das zentrale Problem der Nachholbedarf der nichtrussischen Ostblockwirtschaften an Investitionsmitteln, der im Rahmen der Comecon-Beziehungen nicht befriedigt werden kann. Die wirksamste Antwort darauf wäre das Projekt einer „*Marshall-Hilfe für Osteuropa*“ in der Form von langfristigen zweckgebundenen Krediten für größere Entwicklungsprojekte. Im Hinblick auf die von Stalin seinerzeit verhinderte Marshall-Hilfe für die osteuropäischen Länder sollte dieser Gedanke innerhalb des Nordatlantik-Paktes erneut geprüft werden. Die Bundesrepublik hat trotz der Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanz ein vitales Interesse daran, eine solche Diskussion durch Bekundung ihrer eigenen Opferbereitschaft zu fördern.

V Die Philosophie der Aktion

Wer umfassende Lösungen eines Unfriedenszustandes von solchen Ausmaßen anstrebt, der muß auch nach den Kräften Umschau halten, die dafür aufzubieten sind. Angesichts der bisherigen Konzeptionslosigkeit der Bundesrepublik werden entweder Einzelaktionen von barer Zweckmäßigkeit — wie die Errichtung von Handelsmissionen in osteuropäischen Hauptstädten — als Bestandteil eines nicht existierenden Gesamtkonzepts ausgegeben oder phantastische Erwartungen in die Wirkung politischer Annäherungsversuche (etwa die völlige Preisgabe der Hallstein-Doktrin und das Angebot uneingeschränkter diplomatischer Beziehungen) gesetzt. Zu Recht wird der Immobilismus der deutschen Außenpolitik in den Fragen der Wiedervereinigung und der Vorbereitung einer Friedensvertragslösung kritisiert, doch zunächst bleibt die Vorfrage zu klären, in welcher Richtung neue Initiativen unternommen werden sollen. Es ist im Wesen eine *Frage der Geschichtsphilosophie*, ob man einen Unrechtszustand als unabänderlich anerkennt oder für abänderungsfähig hält. Politisch verantwortliche Kräfte haben sich bei so schwerwiegenden Entscheidungen vor gedanklichen Kurzschlüssen zu hüten, weil sie durch neue geschichtliche Möglichkeiten verhängnisvoll ins Unrecht gesetzt werden könnten. Die zähe Verteidigung einer Rechtsposition ist kein Immobilismus. Verzichtserklärungen sind keine Initiativen.

Nach aller geschichtlichen Erfahrung sind die Positionen von Siegern und Besiegten, wie sie sich am Tage des Waffenstillstandes jeweils abzeichneten, niemals alle Zukunft fixiert geblieben. Mit jedem Tag Entfernung von den Kriegshandlungen fallen wieder die nichtmilitärischen Leistungen der beteiligten Völker ins Gewicht. Der friedliche Revisionismus eines durch harte Siegerwillkür getroffenen Volkes erfüllt daher eine Ausgleichsfunktion im Sinne der natürlichen Größenordnung auf den betreffenden geschichtlichen Schauplätzen. Sogar im Völkerbundstatut, das als Bestandteil des Friedensdiktats von Versailles geboren wurde, legitimierte mit Artikel 19 einen friedlichen Revisionismus, indem es

die Völkerbundversammlung ermächtigte, die Mitgliedsstaaten von Zeit zu Zeit zur Überprüfung von Verträgen aufzufordern,

„die unter Berücksichtigung der internationalen Verhältnisse unanwendbar geworden sind und deren Aufrechterhaltung den Frieden der Welt gefährden könnte.“

Friedlicher Revisionismus gegen offenkundige Unrechtstatbestände ist daher der Wertmesser einer lebendigen Demokratie. Gegen die Philosophie des Wandels, die im Dienste der Friedenserhaltung papierene Regelungen dem Walten der lebendigen Kräfte anpassen will (sie wurde vor der Machtergreifung Hitlers leider nur unzureichend auf den Versailler Vertrag angewandt), wird man heute einwenden, daß unter der Drohung eines Atomkrieges ein territorialer Revisionismus aussichtslos geworden ist. Die vereinfachte Formel *„Was der Russe hat, gibt er nicht mehr her“* ist freilich nicht einmal durch das Verhalten der Sowjetunion selbst bestätigt worden, wie die Freigabe Österreichs und die Rückgabe finnischen Gebietes ausweist. Außerdem wurde die Theorie, daß überlegene militärische Macht jede Selbstbestimmung außer Kraft setzen könnte, in vielen Vorgängen der Nachkriegszeit umgestoßen, um nur die Freigabe Cyperns durch England und Algeriens durch Frankreich als Beispiele zu nennen. Der militärische Faktor kann weder bevölkerungspolitische Gewichtsverlagerungen außer Kraft setzen, noch die wirtschaftliche Tüchtigkeit entwaffneter Völker lähmen. Der Wiederaufstieg Japans nach 1945 bezeugt es eindringlich. Auf die Nachkriegssituation in Europa angewandt, besagt dies, daß die Zukunft Deutschlands in erster Linie von den Deutschen abhängt. Wir dürfen unser Schicksal nicht allein dem Wohl- oder Übelwollen der Umwelt ausliefern. Der Einheitswille unseres Volkes ist die stärkste Bürgschaft für die Überwindung der Teilungsdiktate. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das noch immer die Deutschen von Leipzig und Frankfurt verbindet, ist auch eine Klammer der europäischen Verbundenheit über den Eisernen Vorhang hinweg. Die Resignation der Deutschen in ihr Teilungsschicksal würde die Hoffnungen der osteuropäischen Völker auf Heimkehr in die europäische Völkerfamilie zerstören. Nur ein kraftvoller Behauptungswille gewinnt Bundesgenossen aus Zuneigung, während Bündnisse, die aus Furcht vor Dritten geschlossen wurden, vom Strom der Zeit unterwaschen werden. Aus diesen Einsichten ergeben sich einige Folgerungen. Das deutsche

Volk kann die Kraft zum zähen Festhalten an seiner Einheitsforderung nur aus der Philosophie des Wandels schöpfen und aus seinem Bekenntnis zu Rechtspostulaten, die das friedliche Zusammenleben aller Völker gewährleisten. Selbstbestimmung setzt die Selbstbejahung der eigenen Gemeinschaftsinteressen ebenso voraus, wie die Respektierung der legitimen Interessen der Nachbarvölker. Kollektivschuldbekennnisse dienen der Völkerverständigung nicht. Sie stärken eher die Selbstgerechtigkeit von Dialogpartnern, die, was ihr Land und seine früheren Regierungen anbetrifft, jede Verantwortung für die Missetaten der Vergangenheit ablehnen. Eine Philosophie, die angesichts einer weltweiten Ausbreitung der Unmenschlichkeit nur ein Büßervolk kennt, kann wohl eine Kapitulationsgesinnung gegenüber den totalitären Mächten züchten, aber keine Aktionskraft für die Wiederherstellung der Menschlichkeit freisetzen. Die Deutschen sind nicht die einzigen Sünder in einer Welt der Gerechten. Ein geteiltes Deutschland, das sich selbst kollektivschuldig spricht, würde für unabsehbare Zeit tributpflichtig werden. Wirtschaftsoffer der Bundesrepublik im Dienste eines „Marshall-Plans für Osteuropa“ können daher nur als Bestandteil einer aktiven Wiedervereinigungspolitik ins Auge gefaßt werden.

Die Offenlegung deutscher Interessen ist einem Dialog mit gespaltenen Zungen vorzuziehen. Jede Darlegung unseres guten Willens zu einer umfassenden und dauernden Friedensregelung kann voraussetzen, daß die Kräfte des Wandels im Ostblock aufmerksamere Zuhörer sind als die Mächte der Beharrung. Bis zu einer Wendung der russischen Deutschlandpolitik werden die Regierungen des Satellitenraumes der Bundesrepublik böse Absichten unterstellen, auch wenn wir inzwischen den Status quo der Dreiteilung Deutschlands feierlich beschworen hätten. Es hat wenig Sinn, sich von dieser monotonen Regierungspropaganda die Gesprächsthemen vorschreiben zu lassen. Nicht Grenzfragen oder der Rechtsgehalt des Münchener Abkommens sind vordringlich zu entscheiden. Zur Entscheidung steht vor allem, ob Europa dauernd geteilt bleiben soll oder sich zu neuer Zusammenarbeit findet. Grenzfragen werden erst lösbar, sobald sie im Geiste des 20. Jahrhunderts auf dem Hintergrund gemeinsamer Interessen erörtert werden können. Grenzen haben in den Dimensionen einer schrumpfenden Welt nicht mehr die Funktion von Trennungsmauern und Wallgräben. Sie sollen Berührungslinien sein, an denen sich freie Völker in Freundschaft begegnen.

Die europäische Gesinnung unserer Jugend ist bei ostpolitischen Gesprächen in Gefahr, zu einer einseitigen Abwertung deutscher Grenzansprüche mißbraucht zu werden. Deutschlands Grenzen können jedoch nicht allein von den Ausdehnungswünschen der Nachbarn gezogen werden. Auch das deutsche Volk hat legitime Gebietsinteressen, die auf bedeutenden geschichtlichen Aufbauleistungen begründet sind. Es ist ein Argument fremden Landhüngers, daß ein wiedervereinigtes lebenskräftiges Deutschland eine Friedensgefahr wäre. Die Weimarer Republik ist in den Grenzen von 1937 eines der friedliebendsten Länder Europas gewesen und wäre es geblieben, hätten ihr die Siegermächte halb soviel Entgegenkommen erwiesen, als sie später Hitler bezeigten. Auch die Tschechoslowakei wäre ein Baustein Europas geworden, hätte man, wie auf der Friedenskonferenz versprochen, ihre Völker zu einer „höheren Schweiz“ zusammengefügt, statt sie in einen unechten Nationalstaat hineinzupferchen. Nach diesen geschichtlichen Erfahrungen muß das deutsche Volk, soweit es im freien Teil Deutschlands auf den Lauf der Dinge Einfluß nehmen kann, unter der Parole der Gleichberechtigung um seinen Platz in Europa ringen. Die Diskriminierung eines großen Volkes im Herzen Europas schafft einen Unfriedenzustand, der jede Befriedigung unseres Kontinents erschwert.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Pflicht des Friedens, der Freiheit und der Menschlichkeit. Sie kann die Impulse zur Erfüllung dieses Auftrages nur aus einem neuen Selbstbewußtsein der deutschen Demokratie schöpfen. Eine gefestigte deutsche Demokratie ist eine europäische Notwendigkeit. Gerade ihre Verwurzelung im eigenen Volke erfordert es, vor den Völkern in West und Ost die Unabdingbarkeit unseres Anspruches auf Einheit und Selbstbestimmung zu vertreten. Umgekehrt können wir für unser Volk nicht nur Rechte in Anspruch nehmen, sondern müssen uns auch zu seinen Pflichten bekennen. Einem wiedervereinigten Deutschland ist die Aufgabe zugeschrieben, mit dem Blick auf ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zu allen Nachbarn, Geist und Ziele der westeuropäischen Zusammenarbeit auf das ganze Europa übertragen zu helfen. Dafür in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik Bereitschaft zu mehren, ist die beste Vorbereitung eines Verhandlungsfriedens, der allen Völkern Europas Sicherheit, Wohlstand und das Glück friedlicher Zusammenarbeit bringt.

VI Unsere Verpflichtung als Volkspartei

Nichts hat das politische Leben in Deutschland so sehr vergiftet wie der kaiserliche Schimpf von den „vaterlandslosen Gesellen“ gegen eine Bewegung, die schon vor dem ersten Weltkriege ein Drittel des Deutschen Volkes vertrat. Alles, was der deutschen Sozialdemokratie seither im Zeichen nationalistischer Schlagworte angetan wurde, enthebt sie nicht der Verpflichtung, zwischen der Wahrnehmung nationaler Gemeinschaftsinteressen und einem schädlichen Nationalismus zu unterscheiden. Hierzu sind wegweisende Gedankengänge in Erinnerung zu bringen, die Willy Brandt auf der volkspolitischen Tagung der SPD im Juni 1965 in Bad Godesberg vertrat. Brandt unterstrich die Kerngedanken des Kölner Historikers Professor Schieder, der anlässlich einer Feier zum „Tag der deutschen Einheit“ ausgeführt hatte:

„Heute sind Macht und Technik an größere Einheiten übergegangen ... An die großen Machtblöcke, die Wirtschaftsunionen; die nationale Politik ist den Aufgaben nicht mehr gewachsen, die aus politischer und militärischer Sicherheit oder aus ökonomischer Entwicklung erwachsen. *Die Nationen sind ein bewahrendes Moment geworden*; in der vollendeten Industriegesellschaft sind sie eine Behausung, in der das einfache menschliche Dasein, in seinem Glück und in seiner Not, in seiner Bedrängnis, aber auch in seiner Freiheit ermöglicht werden soll.“

Der Vorsitzende der SPD knüpfte einige beachtliche Feststellungen daran:

„Die Nation bleibt in der Tat eine primäre Schicksalsgemeinschaft. Sie bleibt die Hülle unserer inneren Ordnung. Wahrscheinlich noch für lange Zeit. Selbst im Zeitalter der Großraumverbände. Das innere Gefüge und das Bewußtsein der Nation ist also der europäischen Integration gleichgeordnet und ihr nicht einfach untergeordnet.“

Die Nationen werden in überschaubarer Zukunft ebensowenig verschwinden wie die Staaten „absterben“.

Selbst der in seiner Bedeutung herabgestufte Nationalstaat bleibt ein Instrument der sozialen Integration seiner Bevölkerung.“

In diesen Sätzen stecken weit zurückliegende Erkenntnisse der sozialistischen Nationalitätentheorie, die auch in dieser Nachkriegszeit ihre volle Gültigkeit haben. Aus dieser geistigen Pionierarbeit, die vor allem in der Werkstatt der österreichischen Sozialdemokratie geleistet wurde, haben die führenden Köpfe des russischen Kommunismus viel gelernt. *Lenin* und *Stalin* entwickelten daraus ihre revolutionäre Parole von der „Selbstbestimmung bis zur Losreißung“.

Dazu darf ich meine eigenen Feststellungen auf der gleichen Tagung in Bad Godesberg wiederholen:

„Jedes ungelöste Nationalitätsproblem auf dem Erdenrund wird seither in den Dienst der kommunistischen Weltrevolution gestellt. Der Westen sieht diese Probleme mit den Scheuklappen des Konformismus. Die Folge ist, daß die Russen den Streit zweier Volksgruppen auf Zypern geschickt ausnutzen können, um sich dieser strategischen Position im östlichen Mittelmeer zu bemächtigen. Es muß gesagt werden, daß in der Deutschlandfrage wie auch in der Strategie der freien Welt die Bindungen von Volkstum und Nationalcharakter ebenso ihren Platz finden müssen, wie die sozialen Gruppierungen und die ideologischen Fronten. Ich meine, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dazu berufen wäre, den Dialog mit der Nationalitätenpolitik des Ostblocks neu aufzunehmen.“

Ihre große Aufgabe wäre es, zuerst im geistigen Raum und dann in der politischen Arena die Überzeugung durchzukämpfen, daß ein humaner Sozialismus die Herrschaft der Menschenrechte bedeutet, die ungehemmte Entfaltung auch der kleineren Völker und Volksgruppen und die Partnerschaft gleichberechtigter Nationen in einer Welt des Friedens und der geordneten Freiheit“.

Ein mehr als hundertjähriges Wirken für die Ideale der nationalen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit legitimiert die deutsche Sozialdemokratie, mit reinem Schild auch für die deutschen Menschen einzutreten, die in den Vertreibungsgebieten zurückbleiben mußten und dort schwersten Benachteiligungen ausgesetzt sind. Dieses schmerzliche Problem hat Willy Brandt in Bad Godesberg mit klaren Worten angesprochen:

„Die Menschenrechte für die Angehörigen unseres eigenen Volkes können uns nicht kalt lassen. Wir meinen, daß die Deutschen in Osteuropa entweder das Recht auf Freizügigkeit oder einen Volksgruppenstatus erhalten müssen, der ihnen ein sozial-kulturelles Eigenleben sichert. Die Betreuung der gegen ihren Willen Zurückgehaltenen ist eine Aufgabe des Tages, nicht erst der Zukunft“.

Im Foderungskatalog der volkspolitischen Tagung wurde in diesem Zusammenhang an die Bundesregierung appelliert, daß sie:

Alle Bemühungen um Familienzusammenführung und Freizügigkeit umsiedlungswilliger Deutscher durch Bestellung eines Bundesbeauftragten verstärkt,

auch bei Absprachen wirtschaftlicher und handelspolitischer Natur um die Behebung der menschlichen Notstände in den Vertreibungsgebieten ringt;

die Bestrebungen um eine wirksame Existenzsicherung der europäischen Volksgruppen unterstützt;

in Zusammenarbeit mit den Bundesländern, den Landsmannschaften der Vertriebenen, den Jugendverbänden und den Trägern der freiwilligen Volkstumsarbeit alle Bestrebungen fördert, welche die Pflege einer eigenständigen deutschen Volkskultur in den Dienst unserer freiheitlichen Selbstbehauptung stellen.

Zum Fragenkomplex der *Kulturarbeit im Auslande* führte ich in Godesberg aus:

„Auf einer Tagung wie dieser kann ohne Scheu die Förderungspflicht der Bundesrepublik gegenüber den kulturellen Bestrebungen der Auslandsdeutschen und der Deutschstämmigen in überseeischen Ländern erörtert werden. In der urdemokratischen Schweiz wird jedes Jahr ein Tag der Auslandsschweizer gefeiert. Das sozialdemokratisch regierte Schweden verfügt über zwei nationale Gesellschaften zur Betreuung der Auslandsschweden. Vermessen wäre es, die Leistungen des „British Council“ und der „English Speaking Union“ für die Ausweitung des sprachlich-kulturellen Einflßbereiches des Angelsachsentums einholen zu wollen. Man kann aber die deutsche Sprache weder im europäischen Bereich, noch in ihrer internationalen Geltung auf die Dauer zu einem

Aschenbrödel sein verurteilen, weil sie Hitler bei der Propaganda für ein Gewaltssystem mißbraucht hat“.

An dem Beispiel der kulturellen Auslandsarbeit des Ulbricht-Regimes konnte diese Beweisführung noch vertieft werden:

„Die Zwingherren der Zone haben nicht die geringste Hemmung, durch ihre getarnten Propagandastellen den deutschen Vereinen im Ausland jede gewünschte Menge von Behelfen für Sprachunterricht, Liederbücher und Volkstanzhefte anzubieten. Man müßte daher auch in der Bundesrepublik endlich einsehen, daß die natürlichen gefühlsmäßigen, geistigen und kulturellen Bindungen deutschstämmiger Menschen an das Land ihrer Herkunft genauso der Selbstbehauptung der freien Welt dienstbar gemacht werden können, wie der kommunistischen Wählbarkeit“.

Willy Brandt formulierte in Godesberg folgende Leitsätze für die

Pflege der auswärtigen Kulturbeziehungen

Die Erhaltung, Förderung und Lehre der deutschen Sprache, ganz besonders in den Teilen Europas, in denen sie aus geschichtlicher Tradition als „lingua franca“ gedient hat;

Anerkennung der deutschen Sprache als gleichberechtigte Sprache in den europäischen Organisationen;

eine Neuordnung des deutschen Auslandsschulwesens im Sinne der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 4. 2. 1965, verbunden mit der Errichtung einer Zentralstelle für das Auslandsschulwesen; die vermehrte Entsendung deutscher Hochschullehrer, Wissenschaftler und Lektoren an ausländischen Hochschulen und Institute. Zur Behebung der bisher bei der Erfüllung dieser für unsere Kulturbeziehungen besonders wichtigen Aufgabe aufgetretenen Mängel ist an die Schaffung einer geeigneten Institution oder einer besonderen Auslandsfakultät an einer schon bestehenden Hochschule zu denken, der die Entsandten für die Dauer ihres Lehrauftrages im Ausland als Bundesbeamte auf Zeit angehören;

eine bessere Koordinierung der Tätigkeit der auswärtige Kulturarbeit leistenden Organisationen, verbunden mit einer zeitgemäßen Funktion deutscher Kulturinstitute im Ausland, die zugleich Stätten der Begegnung mit allen Schichten des Gastlandes und dessen Kultur sein sollen.

Von besonderer Bedeutung waren die Erklärungen, die der Vorsitzende der SPD auf der volkspolitischen Tagung über das Verhältnis seiner Partei zu den Verbänden der Vertriebenen abgab:

„Wir haben immer die besondere Verantwortung derer respektiert, die für große gesellschaftliche Organisationen zu sprechen haben. Das gilt hier konkret für den Bund der Vertriebenen. Es kann für mich keinen Zweifel daran geben, daß die Erfahrungen der Heimatvertriebenen, ihr moralisches, soziales und nationales Gewicht unmittelbar zur Geltung kommen müssen. Unser Staat und unsere Wirtschaft stünden nicht dort, wo sie heute stehen, wenn ihnen nicht so starke Kraftströme durch die vertriebenen Landsleute zugeflossen wären. Unsere Demokratie wäre nicht krisenfest, wenn sie nicht von den Vertriebenen und Flüchtlingen mitgestaltet wäre und mitgetragen würde“.

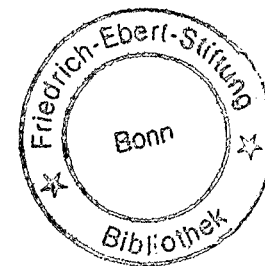
Auch die Pflege der Heimatkultur der vertriebenen Deutschen wurde in Godesberg unter die volkspolitischen Aufgaben der SPD eingereiht:

„Wir wollen ehrlich versuchen“ so führte Willy Brandt aus, „der Heimat unserer vertriebenen Landsleute in unser aller Herzen einen festen Platz zu sichern. Wir wollen die Volkskultur der Ostdeutschen, der Sudetendeutschen, der Südostdeutschen nicht vernachlässigen lassen, sondern pflegen helfen“.

Damit sind wichtige Wegweiser in die Zukunft aufgestellt worden. In den weiten Bereichen ihrer internationalen Beziehungen kann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an zwei Fronten wertvolle Beiträge zu dauernden Friedenslösungen in der Osthälfte Europas leisten. Innerhalb der europäischen Parteien der Sozialistischen Internationale ist die Erörterung einer konstruktiven Osteuropa-Politik des Westens schon längst fällig. Die Position des demokratischen Sozialismus gegenüber evolutionären Möglichkeiten im Ostraum bedarf noch einer gründlichen Erörterung. Dazu mit eigenen Vorstellungen den Anstoß zu geben, wäre verdienstvoll. Die SPD sollte auch auf ein direktes Gespräch mit jenen osteuropäischen Partnern vorbereitet sein, die einen ehrlichen Dialog anstreben. In der Zone, wie im Satellitenraum drohen die politischen Energien der Massen an der Unlösbarkeit des Gegensatzes zwischen freiheitlicher Evolution und stalinistischer Konterrevolution zu versacken. Die wahre Alternative zwischen nuklearen Katastrophengefahren

und friedlichen Übergangslösungen müßte erst zur Diskussion gestellt werden. Leistung und Ansehen der deutschen Sozialdemokratie schirmt sie gegen den propagandistischen Vorwurf, anstelle des Scheinsozialismus in den Volksdemokratien wieder die „Herrschaft des Monopolkapitalismus und Feudalismus“ aufzurichten zu wollen. Sie kann jedoch aus ihrer historischen Erfahrung die gewichtige Aussage machen, daß die Zusammenlegung von Wirtschaftsmacht und Staatsmacht in die Hände einer Einparteienregierung zur Versklavung jener Werktätigen führen muß, die angeblich die kommunistischen Diktaturen tragen.

Die Auflösung der Machtmonopole im Osten ist die entscheidende Voraussetzung einer Wiedergeburt der freien Persönlichkeit, wie die Verhinderung von Machtzusammenballungen einer der wichtigsten demokratischen Aufgaben im Westen ist. Als gesellschaftspolitische Vorstellung sollte daher das Godesberger Programm der SPD mit dem Blick auf die Orientierungsprobleme der osteuropäischen Völker noch verdeutlicht werden. Skandinavien, England und die sozialdemokratisch regierten Länder der Bundesrepublik haben den Beweis erbracht, daß eine nach dem Leistungsprinzip organisierte *humane Dienstgesellschaft* auch die unentbehrliche persönliche Initiative und die freien Wirtschaftskräfte in den Dienst des sozialen Fortschritts zwingen kann. Mit evolutionären Perspektiven und gesamteuropäischen Zielsetzungen sollte die deutsche Sozialdemokratie zu einem neuen Dialog mit den vorwärtstrebenden Kräften jenseits des Eisernen Vorhanges antreten.



Anhang

Rahmenkonzept für deutsche Ostpolitik

EntschlieÙung des Dortmunder Parteitages der SPD „zu den Möglichkeiten einer gesamteuropäischen Politik“

(Juni 1966)

I.

Im geteilten Europa wächst die Erkenntnis wirtschaftlicher und kultureller Zusammengehörigkeit. Weltpolitische Veränderungen begünstigen das Vordringen dieser Einsicht. Der die Nachkriegsjahre beherrschende Ost-West-Konflikt wird vom Nord-Süd-Gegensatz armer und reicher Völker zunehmend überschattet. Die gewaltigen Bevölkerungsexplosionen in Asien, Afrika und Lateinamerika kündigen eine neue Gruppierung der Weltkräfte an.

Angesichts der großen wirtschaftlich-sozialen Aufgaben in Asien, Afrika und Lateinamerika wird die Aufteilung Europas in Interessensphären immer mehr zu einem Anachronismus. Der Weltfortschritt braucht die ungefesselte Leistungskraft aller europäischen Völker, einschließlich eines wiedervereinigten Deutschland.

Damit ist auch das Problem der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa neu gestellt.

Die Länder Osteuropas befinden sich im Stadium des Überganges zu Industriestaaten. Dadurch wird das nationale Selbstbewußtsein dieser Völker gestärkt. Auch ihr Bedürfnis, in ein besseres wirtschaftliches Austauschverhältnis zu den Industriestaaten des Westens zu kommen, nimmt zu. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa erhält dadurch neue Voraussetzungen.

Es ist die Aufgabe einer weitblickenden Friedenspolitik:

die Zielsetzungen und Handlungen des Westens gegenüber Osteuropa möglichst gut aufeinander abzustimmen,

die Regierungen und Völker der osteuropäischen Länder über Voraussetzungen und Möglichkeiten einer fruchtbaren Zusammenarbeit zu unterrichten

und die öffentliche Meinung in den westeuropäischen Ländern davon zu überzeugen, daß das Denken und Handeln in gesamteuropäischen Zusammenhängen der Stabilisierung des Friedens dient.

II.

Die weitere Förderung der Zusammenarbeit und des Zusammenschlusses in Westeuropa und die Verbesserung der Beziehungen zu Osteuropa sind für die Wiedervereinigung, die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von gleichrangiger Bedeutung.

Der Auftrag des Deutschen Bundestages vom 14. Juni 1961 an die Bundesregierung ist weiterhin bindend. Regierung und Opposition haben sich damit zu einer konstruktiven Ostpolitik bekannt.

Die Errichtung von Handelsmissionen in osteuropäischen Staaten hat die Voraussetzung für eine weitere Normalisierung der Beziehung geschaffen. Nur ein fruchtbarer Dialog kann die Barrieren überwinden, die ihr auf beiden Seiten im Wege stehen. Jeder Kontakt muß den jeweiligen osteuropäischen Staat als Partner anerkennen, ohne dessen militärische und ideologische Bindungen außer acht zu lassen. Gleichmaßen dürfen der Bundesrepublik Deutschland Übereinkünfte nicht zugemutet werden, die der Wiedervereinigung entgegenstehen und die Sicherheit des Westens gefährden. Auch die Festlegung der deutschen Grenzen muß einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

Im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen stehen nicht nur handelspolitische Vereinbarungen und Kredite zur Erörterung, sondern auch Strukturprobleme von grundsätzlicher Bedeutung. Die angekündigten Wirtschaftsreformen im Ostblock zielen offensichtlich darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften durch die Beseitigung bürokratischer Schranken sicherzustellen. Die westeuropäischen Partner können ihrerseits zu einer Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen beitragen. Für Osteuropa muß das Tor für engere Beziehungen zum Gemeinsamen Markt offengehalten werden.

III.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht als die zentrale Aufgabe der deutschen Ostpolitik die Wiederherstellung vernünftig geordneter Nachbarschaftsverhältnisse im Osten Deutschlands. Das ist keine neue Politik. Für sie zeugen die opferreichen Bemühungen eines Jahrhunderts ihrer Parteitradition, die im Dienste des sozialen Fortschritts, des Friedens und der Völkerverständigung standen. Sie ist damit in der Lage, alte geistige und menschliche Beziehungen zu erneuern und den brüderlichen Geist zwischen den entfremdeten Völkern wieder aufleben zu lassen.

Es ist uns aufgegeben, um Verständnis zu werben, Verständnis im eigenen Volk und Verständnis bei den osteuropäischen Völkern. Wenn es die Aufgabe der ersten Phase einer konstruktiven Osteuropapolitik war und noch ist, Ansatzpunkte zu schaffen, dann ist es Aufgabe der zweiten Phase, Gespräche zu führen und Kontakte zu entwickeln, d. h., die Atmosphäre zu schaffen, in der konstruktive Friedenslösungen erarbeitet werden können.

In diese Phase gehören:

- a) die Überlegung, den enge gezogenen Aufgabenbereich der Handelsmission durch Hinzunahme konsularischer Aufgaben zu erweitern als ersten Schritt zur Vorbereitung der Aufnahme von vollen diplomatischen Beziehungen zu den Staaten Osteuropas;
- b) kulturelle Vereinbarungen nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, wobei auch die Einschaltung von nichtstaatlichen Stellen in Erwägung gezogen werden kann. Studienreisen, längere Studienaufenthalte, Stipendien an Universitäten, Arbeitsplätze an wissenschaftlichen Instituten und Forschungsaufträge über die Grenzen sind wichtige Schwerpunkte;
- c) im wirtschaftlichen Bereich die industrielle Zusammenarbeit zu fördern. Die dadurch entstehenden rechtlichen und sozialen Probleme müssen untersucht und gelöst werden.

Die Probleme eines innereuropäischen Leitsungsaustausches sind allerdings auf der traditionellen Ebene bilateraler Regelungen unlösbar geworden. Ohne einem starren Blockdenken zu erliegen, muß das Neben-

einander von rivalisierenden Wirtschaftsblöcken zum Ausgangspunkt neuer Planungen genommen werden. Der europäische Westen kann weder die Verflechtung der sowjetischen Wirtschaftsinteressen mit der Struktur der osteuropäischen Länder übersehen, noch das Streben der osteuropäischen Völker nach Eigenständigkeit und kraftvoller Selbstentfaltung. Unser Bekenntnis zu den nächstliegenden Aufgaben zielt daher nicht auf isolierte nationalstaatliche Lösungen hin.

In der Epoche supranationaler Gruppierungen ist die partnerschaftliche Annäherung der bestehenden Wirtschaftsblöcke deutschen Alleingängen vorzuziehen. Eine Politik der langfristigen Friedensplanung erfordert ein Rahmenkonzept des Westens, das den legitimen Exportinteressen der Sowjetunion Rechnung trägt und die Volkswirtschaften Osteuropas auf die Stufe der normalen Konkurrenzfähigkeit gegenüber westlichen Handelspartnern hebt. Unabhängig vom Wandel tagespolitischer Situationen ist damit die Aufgabe gestellt, die Strukturvoraussetzungen für einen ungehemmten gesamteuropäischen Güter- und Dienstleistungsaustausch zu schaffen. Darüber wäre mit möglichst geringem Verzug entweder durch die Initiative westlicher Regierungen oder zunächst auf privater Ebene das Planungsgespräch zwischen West- und Osteuropa zu eröffnen.

Dafür bieten sich als Schwerpunkte an:

1. Die Prüfung der beiderseitigen Vorteile, die sich aus dem schrittweisen Abbau künstlicher Wirtschaftsgrenzen in Europa ergeben würden.
2. Gemeinsame Verkehrsplanung auf den Gebieten des Fernstraßenbaues und der Binnenschifffahrt und Vorfinanzierung von Hauptverkehrsadern des europäischen Binnenverkehrs.
3. Planung einer gemeinsamen Energiepolitik zur überregionalen Nutzung der Wasserkräfte und anderer Energiequellen an den besten Standorten.
4. Industrielle Partnerschaften zur beschleunigten Entwicklung friedenswirtschaftlicher Produktionszweige.
5. Zusammenarbeit auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung, der Berufsschulung und der Volksgesundheit.
6. Schrittweise Wiederherstellung der Freizügigkeit von Arbeitskraft und Kapital sowie Anbahnung eines innereuropäischen Niederlassungsrechts.

7. Möglichste Breitenwirkung eines Kulturaustausches auf Gegenseitigkeit.

8. Normalisierung der akademischen Austauschbeziehungen.

Im wirtschaftlichen Sektor bleibt das zentrale Problem des Nachholbedarfs der nichtrussischen Ostblockwirtschaft an Investitionsmitteln, der im Rahmen der RGW-Beziehungen nicht befriedigt werden kann. Auf diesem Gebiet steht das Projekt zur Prüfung an, ob und wie langfristig zweckgebundene Kredite der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas den gesamteuropäischen Interessen dienstbar gemacht werden können. Die Bundesrepublik hat trotz der Rückläufigkeit ihrer außenwirtschaftlichen Überschüsse ein vitales Interesse daran, eine solche Diskussion durch Bekundung ihrer eigenen Opferbereitschaft zu fördern. Die Völker Osteuropas und der Sowjetunion sollen wissen, daß das deutsche Volk bereit ist, für die Wiedervereinigung und eine am Verhandlungstisch geborene dauerhafte Friedensregelung wirtschaftliche Opfer zu bringen. Wirtschaftsoffer der Bundesrepublik Deutschland müssen als Bestandteil einer aktiven Wiedervereinigungs- und Friedenspolitik gesehen werden.